

och lieferbar:

HINTERGRUND II/88

...aus dem Inhalt:

G. HALL
Die Welt, die wir bewahren,
muß so sein, daß es sich in
ihr leben läßt

H. KRAUSS
Avantgardepartei, Massenorganisation
oder Anhängsel 'neuer Bewegungen'?
Zur Anforderungslogik marxistischer
Organisationspolitik heute (I)

P. BRENDL
Russen raus aus Afghanistan - Konti-
nuität oder Bruch der sowjetischen
Afghanistanpolitik? Zur Einschätzung
der Genfer Afghanistan-Vereinbarungen

HINTERGRUND III/88

...aus dem Inhalt:

• G. DILIGENSKIJ
Revolutionstheorie und die Gegenwart

• D. UHLIG
Zum Begriff der Ideologie im Denken
Gramscis

• H. KRAUSS
Avantgardepartei, Massenorganisation
oder Anhängsel 'neuer Bewegungen'?
Zur Anforderungslogik marxistischer
Organisationspolitik heute (II)

• K. VOGELPOHL
Plädoyer für die Wiederbelebung der
materialistischen Pädagogik in der
BRD

Bestellungen bitte an: HINTERGRUND-Redaktion
Augustenburger Straße 26 B
4500 Osnabrück

VORANKÜNDIGUNG:

HINTERGRUND I/89

- Thesen zum Verhältnis von allgemeinem menschlichen und
Klasseninteressen
- Wohin driftet die DKP? Anmerkungen zum 9. Parteitag
- Entwicklung der Persönlichkeitspsychologie in der UdSSR

HINTERGRUND

Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik

Einschätzungen.

IV/1988/4.50

Analysen.

Informationen



Inhalt:

- G. FÜLBERTH
Zurück zu STALIN ?
Anmerkungen zur sowjetischen Außenpolitik S. 5
- V. PERLO
Ist Kapitalismus ohne Militarismus möglich ? .. S. 15
- H. KRAUSS
Stabiler Niedergang.
Zur Charakteristik der kapitalistischen
Systemkrise S. 22
- PERLEN S. 44
- P. BRENDL
Zu schön um wahr zu sein.
Zur Einschätzung des DKP-Entwurfs "BRD 2000" .. S. 46
- G. M. ANDREEVA
Sozialpsychologische Aspekte der
Aktivierung des menschlichen Faktors S. 64

Hrsg.: Marxistische Arbeitsgemeinschaft Osnabrück (MAG)

HINTERGRUND

Marxistische Zeitschrift für
Gesellschaftstheorie und Politik

Themenschwerpunkte:

- Analyse der kapitalistischen Systemkrise
- Perspektiven der Linkskräfte in der BRD und Westeuropa
- Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus
- Marxistische Subjektwissenschaft
 - Tätigkeitspsychologie
 - Kritische Psychologie
 - materialistische Pädagogik

Impressum

HINTERGRUND IV/88 - Redaktionsschluß 28. Dez. 1988
Erscheint 4 x im Jahr zum Quartalsende in Osnabrück
Hrsg.: Marxistische Arbeitsgemeinschaft Osnabrück (MAG)
Redaktion: Peter Brendel, Hartmut Krauss, Karin Vogelpohl
Redaktions- und Bestellanschrift: K. Vogelpohl, Augusten-
burger Straße 26 B, 4500 Osnabrück, Tel.: 0541/432 594
Das Einzelheft kostet DM 4,50, das Jahresabonnement incl.
Porto DM 18,00
Bankverbindung: Stadtparkasse Osnabrück - BLZ 265 500 01 -
Kto.-Nr.: 224 925 8
Z. Zt. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2
Nachdruck mit Quellenangabe und gegen Belegexemplar gestattet
HINTERGRUND I/89 wird ab Ende März 1989 ausgeliefert
ISSN 0935-5545

Druck: Ruck-Zuck-Druck, Iburger Str. 78, Osnabrück

Editorial

Zweifellos hat das "Neue Denken" - insbesondere in Form der Ver-
kündung und Umsetzung einseitiger Abrüstungsschritte seitens der
UdSSR - beträchtliche ideologisch-moralische Wirkungen hinterlas-
sen: GORBATSCHOW gilt weltweit als 'Hoffnungs- und Sympathieträ-
ger', ja als populärster, 'moderner' Humanist; die antisowjetische
Bedrohungslegende ist weitgehend außer Kraft gesetzt; daß 'die
Russen' den Frieden wollen, wird zunehmend zum Bestandteil des
Alltagsbewußtseins in westlichen Ländern. Andererseits ist die von
GORBATSCHOW gewählte weltpolitische Diskursform gleichzeitig dazu
angetan, berechnete Zweifel und Skepsis zu erzeugen. Seine Aus-
sagen vor der 43. UNO-Vollversammlung: "Ein weiterer weltweiter
Fortschritt ist jetzt nur auf dem Wege der Bemühungen um einen
gesamtmenschlichen Konsens in der Bewegung zu einer neuen Welt-
ordnung möglich" klingt nicht nur wie ein 'globalistisch' über-
höhter Spruch von Hermann RAPPE, sondern verkörpert auch die sinn-
lich-konkreten Widerspruchs- und Leidenserfahrungen beträchtlicher
Teile der Bevölkerung im imperialistisch beherrschten Teil der
Welt (hierzulande bricht sich der 'gesamtgesellschaftliche' Kons-
sens schon am arbeitsfreien Wochenende). Zur eigentlichen Achil-
lesferse des "Neuen Denkens" aber könnte die Überschätzung der
'Läuterungsfähigkeit' der reaktionären Kräfte werden, wie sie im
'Diplomatismus' aufscheint, der in der sowjetischen Politik, Pub-
lizistik und neuerdings auch Gesellschaftswissenschaft (GALKIN,
KRASSIN)'stark im Kommen' ist. Der aktuelle antilibysche Aggres-
sionsakt der USA; die systematische Verletzung des Genfer Afgha-
nistan-Abkommens durch die Contras und ihre pakistanischen und
amerikanischen 'Gönner'; der Tatbestand, daß u. a. erst die Durch-
brechung der südafrikanischen Luftüberlegenheit in Angola mit Hil-
fer moderner sowjetischer Kampfflugzeuge die Rassisten an den Ver-
handlungstisch gezwungen hat, demonstriert demgegenüber einmal
mehr: "Neues Denken" ist der (mobilisierungsfähige) kategorische
Imperativ der fortschrittlichen Menschheit im ATOMzeitalter,
nicht aber ein operatives (eindimensionales) Patentrezept zur
'Bekehrung' der Weltreaktion.



Ein wesentlicher ideologischer Effekt der neokonservativen Offen-
sive der achtziger Jahre zeigt sich in der 'Niederregulierung'

PETER BRENDL

Zu schön um wahr zu sein

Zur Einschätzung des DKP-Entwurfs
'Bundesrepublik Deutschland 2000'

"Und eben das ist Reformismus, wenn man das 'Endziel' (etwa in bezug auf den Demokratismus) aus der Agitation möglichst weit entfernt"

(LENIN 1977, S. 364)

Die DKP hatte 1988 den zwanzigsten Jahrestag ihrer Gründung zu begehen, aber wenig Grund zu ausgelassener Festtagsstimmung, denn: die DKP befindet sich in einer schweren innerparteilichen Krise. Noch am 17./18. Juni 1988, auf der 12. Tagung des Parteivorstandes (PV) der DKP wollte der DKP-Vorsitzende Herbert MIES eine derartige Zustandsbeschreibung der Partei nicht gelten lassen:

"Eine Partei, deren gewählte Führung - nämlich der Parteivorstand - in einem intensiven Meinungsaustausch, ja auch Meinungsstreit ein solches Dokument (gemeint ist der Entwurf 'BRD 2000', P. B.) erarbeitet, ist nicht von 'Krisen' geschüttelt, nicht auf einem 'Weg zum Punkt Null', sondern auf dem Weg zur Einheit ihres politischen Willens und Handelns" (Eigenbeilage UZ Nr. 141, S. 8).

Vielmehr galt, daß beispielsweise die 'taz' für die schlichte Feststellung von Flügelkämpfen der Unwahrheit bezichtigt und mit dem 'Amt' (für Verfassungsschutz) auf eine Stufe gestellt wurde (vgl. STARY 1988, S. 9).

Es blieb Herbert MIES selbst vorbehalten, den selbstgefälligschönfärberischen Charakter dieser 'Tatsachenfeststellung' zu offenbaren:

"In einer Reihe von Diskussionen im Präsidium und Sekretariat, in solchen Bezirkssekretariaten wie in Hamburg und Bremen, in Kreissekretariaten wie in Köln und auch an anderen Orten, in allen möglichen in der Partei kursierenden Papieren wurde von Genossinnen und Genossen eine andere Richtung eingeschlagen, eine andere Linie entwickelt oder begonnen, sie zu entwickeln, als die, die wir auf den jüngsten Parteivorstandstagen und jetzt mit dem Entwurf 'Zur Lage und künftigen Entwicklung der Partei' gegeben haben oder geben werden. (...) Es zeichnet sich eine Linie ab, die auf radikale Veränderung der Partei, ihres Parteiprogramms, ihrer Theorie, ihrer Praxis und ihrer zentralen Führung zielt, und dies unter der Losung der Erneuerung und mit Berufung auf Konsequenzen aus den revolutionären Umgestaltungsprozessen in der Sowjetunion und in der KPdSU" (Eigenbeilage UZ Nr. 207, S. 19).

Neben der Formierung zweier Linien hinsichtlich der Richtung und Gestaltung der weiteren Parteientwicklung und beginnender Frakti-

onierungstendenzen (der "Entwicklung einer Vielzahl von Plattformen, von Meinungsbildungsstrukturen außerhalb der Strukturen der Partei", Eigenbeilage UZ Nr. 141, S. 19) sind folgende weiteren Indikatoren des aktuellen Krisenzustandes der DKP anzuführen:

- stagnative bzw. rückläufige Entwicklung der Mitgliederzahlen;
- eklatante Defizite im Bereich der Gewinnung jugendlicher Mitglieder bis 25 Jahre (nicht zuletzt als Resultat der dramatischen Mitgliederverluste von SDAJ und MSB Spartakus; der MSB räumte auf seinem letzten Bundeskongreß einen Mitgliederrückgang von 40% (!) ein);
- gravierende Unterschiede in der Aktionstätigkeit und -fähigkeit der Grundeinheiten bei Dominanz passiv-abwartender Tendenzen;
- extensive Personaldiskussionen bei Kreismitgliederversammlungen und Kreis- bzw. Bezirksdelegiertenkonferenzen, die nicht selten in Kampfabstimmungen einmünden;
- die Heftigkeit der Kontroversen um die beiden für die Verabschiedung auf dem Januar-Parteitag der DKP vorgesehenen Entwürfe: 'Bundesrepublik Deutschland 2000-' und 'Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP';
- und schließlich die in den Beiträgen der 'UZ-Diskussionstribüne' spürbar werdenden Tendenzen zunehmender Resignation und Orientierungslosigkeit bei Teilen der Mitgliedschaft.

Die 13. PV-Tagung resümierend stellt DKP-Präsidiumsmitglied Willi GERNS zu Recht fest, daß dort

"... eine in der Geschichte der kommunistischen Bewegung der Bundesrepublik einmalige Situation sichtbar geworden (ist): Wir haben es mit zwei Linien, zwei in Grundfragen nicht zu vereinbarenden Konzeptionen für die Entwicklung der Partei zu tun" (UZ v. 28.9.88, S. 5).

Ursächlich für die Formierung dieser zwei Linien ist u. E. das Wechselspiel folgender Faktoren:

Erstens das eklatante Ausmaß wahlpolitischer Erfolglosigkeit der DKP. Seit dem - ohnehin geringen - Höchststand kurz nach Gründung der DKP sind die Wahlergebnisse im wesentlichen stabil rückläufig und haben einen aktuellen Stand auf Bundes- und Landesebene erreicht, der kaum mehr als die eigene (schrumpfende) Mitgliedschaft repräsentiert.

Zweitens die einseitige und damit objektivistische 'Verlagerung' der Ursachen solcher Wahniederlagen nach 'außen': Antikommunismus, Fünf-Prozent-Sperrklausel, Ideologie des 'kleineren Übels', Benachteiligung durch die Medien etc. (s. dazu auch KRAUSS 1988c, S. 28ff.).

Drittens die triumphalistische Reklamation immer neuer und stetig wachsender 'Erfolge', die sich im Hinblick auf die eigene Partei-

entwicklung nun als 'Schall und Rauch' entpuppen.

Viertens korrespondiert damit das vollständige Fehlen ernsthafter Eingeständnisse der eigenen Erfolglosigkeit, womit lange Zeit das Aufspüren eigener, subjektiver Mängel, Unzulänglichkeiten und Fehler und deren Überwindung wirksam blockiert wurde.

Und fünftens schließlich ist die mit Perestroika und Glasnost untrennbar zusammenhängende Selbsterneuerung der KPdSU anzuführen, die erstmals seit LENINS Zeiten u.a. das Prinzip der Kritik und Selbstkritik entritualisiert und als wirksames Instrument der Realitätsorientierung einer kommunistischen Partei reaktiviert und mit dem Begriff des "sozialistischen Pluralismus" die Möglichkeit und Notwendigkeit offenen Meinungsstreits auf gemeinsamer weltanschaulicher Grundlage anerkennt.

Insbesondere der letzte Punkt mußte auf eine in erstarrten Ritualen verkümmerte DKP wirken wie ein Dammbruch. Und es ist durchaus kein Zufall, daß sich als eigentlicher Katalysator der Formierung zweier Linien in der DKP nicht die programmatische Orientierung der Partei auf die 90er Jahre ('BRD 2000') erwies, sondern der Entwurf 'Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP' als Versuch einer Ortsbestimmung kommunistische Organisationspolitik in der heutigen Zeit.

Beide Linien repräsentieren dabei jene zwei Degenerationsvarianten kommunistischer Parteientwicklung, wie sie von H. KRAUSS (1988b, 1988c) analysiert wurden.

Unter der selbstgewählten Formel des 'Bewahren und Erneuerns' und in Gestalt des offiziellen Dokumentenentwurfs 'Zur Lage und künftigen Entwicklung der Partei' erkennen wir jene dogmatisch-bürokratische Degenerationsvariante, die anstelle einer ernsthaft-selbstkritischen Fehleranalyse bekenntnishafte Gefolgstreue einlegt und letztlich in 'bewährter' Manier 'weitermachen' will. Demgegenüber stellt der 'Minderheitenentwurf' jene revisionistisch-antizentralistische Degenerationsvariante dar, zu deren ideologischen Kennzeichen es gehört, mit einer

"undialektischen Berufung auf den absoluten Vorrang der Gattungsinteressen letztendlich ihre Losagung von den klassendialektisch-revolutionären Identitätsgrundlagen des Marxismus-Leninismus (zu) kaschieren bzw. (zu) rechtfertigen" (KRAUSS 1988c, S. 33f.).

Seltsamerweise treffen sich beide Linien in der positiven Rezeption und Bewertung des Parteientwurfs 'BRD 2000' als programmatischer Orientierung der DKP für die neunziger Jahre - wenngleich

mit unterschiedlicher Akzentuierung. Was für die "Mehrheit" eine kontinuierliche programmatische Weiterentwicklung der DKP angesichts der neuen Anforderungen darstellt, verheißt der Minderheit den langersehnten "Bruch mit der bisherigen Programmatik" (HAUTSCH 1988, S.8).

Die Weitläufigkeit der Interpretationsmöglichkeiten macht stutzig und läßt fragen nach der qualitativen Beschaffenheit, d. h. vor allem, der marxistisch-leninistischen 'Integrität' von 'BRD 2000'.

Zum Inhalt von 'BRD 2000'

Mit dem Entwurf 'BRD 2000' beansprucht die DKP als marxistische und revolutionäre Organisation eine realistische Reformalternative für die Entwicklung des bundesdeutschen Imperialismus vorgelegt zu haben. In sieben Kapiteln, die den Themenkomplexen Frieden und Abrüstung, internationale Beziehungen, Wirtschafts- und Sozialpolitik, wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Frauenpolitik, Demokratie und Bündnispolitik gewidmet sind, werden Aufgabenstellungen für die DKP formuliert und begründet, an denen sich die kommunistische Parteitätigkeit in den neunziger Jahren abzuarbeiten hat.

Der Entwurf sieht die Welt, in der wir leben, durch die tiefgreifenden Wandlungen einer Umbruchperiode geprägt, deren Grundprozeß die sich beschleunigende wissenschaftlich-technische Revolution sei. Als im besonderen Maße charakteristisch für die Umbruchperiode werden drei Prozesse benannt:

1. Aus der Zuspitzung globaler Probleme - insbesondere der Aufrüstung - resultiere erstmals die Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit.
2. In den entwickelten kapitalistischen Ländern vollziehe sich ein Umstellungs- und Anpassungsprozeß des kapitalistischen Systems an weltmarktorientierte Konkurrenzbedürfnisse der Monopolkapitale.
3. Der revolutionäre Umgestaltungsprozeß in der UdSSR und die Weiterentwicklung der anderen sozialistischen Länder schaffe einen der heutigen Zeit entsprechenden Sozialismus.

Aus der Analyse der Umbruchperiode ergibt sich für die Verfasser des Entwurfs die Notwendigkeit und Möglichkeit der Verwirklichung eines friedensorientierten und reformoffenen Entwicklungsweges der

BRD, eines Weges des demokratischen und sozialen Fortschritts in einer kapitalistischen Klassengesellschaft. Dieser müsse offen sein für antimonopolistische Maßnahmen, sein Inhalt bestünde jedoch (noch) nicht in der grundlegenden Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Vielmehr sei wesentlicher Inhalt der Reformalternative die Durchsetzung eines friedensorientierten gesellschaftlichen Entwicklungstyps, der die BRD friedensfähig mache, die Massenarbeitslosigkeit und die Macht des Militarismus zurückdränge, den Militär-Industriekomplex ausschalte, den sozialen und demokratischen Fortschritt vorantreibe und Wege realer Gestaltungsmöglichkeiten und solidarischer Persönlichkeitsentwicklung biete.

Die Durchsetzbarkeit der Reformalternative in den neunziger Jahren sieht der Entwurf gebunden an die breite Entwicklung von Gegenmachtpositionen der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften sowie der neuen sozialen Bewegungen. Im Kampf für die Verwirklichung der Reformalternative - so verspricht der Entwurf - würden neue Einsichten für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft entstehen.

In den besonders interessierenden, weil objektiv bedeutsamen Kapiteln zu Frieden und Abrüstung, Wirtschafts- und Sozialpolitik und Bündnispolitik weist der Entwurf u. a. folgende Argumentationszusammenhänge auf: Innerhalb kapitalistischer Verhältnisse könne ein längerfristiger demokratischer Kampf um Frieden und Abrüstung eine erfolgreiche Perspektive haben, da Hochrüstung und Krieg, vor allem Atomkrieg, der Tendenz nach objektiv aufgehört hätten, den Gesamtklasseninteressen der Monopolbourgeoisie zu entsprechen. Der Militär-Industriekomplex sei zwar ein dem kapitalistischen System entsprechender Machtblock, aber nicht systemnotwendig und unvermeidlich deren beherrschende Kraft. Der Imperialismus müsse veranlaßt werden, eigene, aktive Friedens- und Abrüstungsbeiträge zu leisten, weil davon das Überleben der Menschheit abhängt.

Im Abschnitt Wirtschafts- und Sozialpolitik ist zu lesen, daß in der vor uns liegenden Etappe der noch kapitalistischen Bundesrepublik die gegenwärtigen wirtschaftlichen Eigentumsstrukturen im wesentlichen zwar bestehen bleiben, erforderlich und durchsetzbar aber die Neubestimmung der Hauptrichtungen der ökonomischen Entwicklung, der stoffliche Umbau der Produktionsapparate, d. h. die

Durchsetzung neuer ökologisch und sozial verträglicher Produktionsverfahren und Produkte sei! Dieser alternative Entwicklungsweg erfordere den Umbau der ökonomischen und politischen Regulierungsmechanismen und Instrumentarien. Die Struktur privaten Eigentums und die Orientierung kapitalistischer Produktionsentscheidungen am Profit blieben im wesentlichen erhalten.

Zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt heißt es, ein entscheidender Konflikt unserer Zeit bestünde darin, ob sich der Fortschritt von Wissenschaft, Technik und Produktivkräften auf Kosten der Menschen und ihrer Existenzbedingungen vollzieht, oder ob es gelänge, ihn auch unter kapitalistischen Verhältnissen für die Sicherung der Lebensbedingungen aller Menschen und die umfassende Entfaltung ihrer Entwicklungschancen zu nutzen. Die Produktivkraft-, Technik- und Wissenschaftsentwicklung müsse friedensorientiert, umwelt- und ressourcenschonend sein. Sie hätte der Persönlichkeitsentfaltung in der Arbeit zu dienen. Sie müsse Risiken mindern und sie dürfe nicht mit nicht rückholbaren, existenzbedrohenden Folgen für die Menschen verbunden sein. Eine solche Umorientierung könne nur in harter Auseinandersetzung gegen die Intentionen des großen Kapitals durchgesetzt werden. Sie sei nicht ohne Eingriffe in seine Profit- und Entscheidungssphäre denkbar.

Dem 'Demokratieabschnitt' kommt besondere Bedeutung zu. Ob es um internationale Beziehungen ginge oder um Ziele und Grenzen von Forschung und Technik - der Name des Fortschritts sei Demokratie. Ohne Demokratisierung und öffentliche Kontrolle der staatlichen Macht- und Gewaltorgane könne eine demokratische Entwicklung der Bundesrepublik auf die Dauer nicht durchgesetzt und gestützt werden. Veränderungen in der Justiz kämen dabei besondere Bedeutung zu. Es müßten Bedingungen geschaffen werden, daß Bundeswehr, Polizei, Bundesgrenzschutz usw. keinen 'Staat im Staate' bilden, sondern für die Tätigkeit gewerkschaftlicher, demokratischer und sozialer Bewegungen und Organisationen geöffnet würden.

Da man ja 'die Sache in die eigenen Hände nehmen' muß, werden unter dieser Überschrift in Kapitel VII folgende Auslassungen zur Bündnispolitik gemacht. Mit dem Entwurf einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative orientiere man auf die realen Entscheidungssituationen unseres Landes zum Ausgang des Jahrhunderts. Dieser Weg könne nur beschritten werden, wenn die Bonner

Wendepolitik abgelöst, eine neue Entwicklungsrichtung des staatsmonopolistischen Systems erzwungen und das Tor für Friedensfähigkeit, ökologischen, sozialen und demokratischen Fortschritt geöffnet würde. Die reale Möglichkeit hierzu ergäbe sich aus den Kämpfen und Konflikten der Gegenwart, den Vorstellungen und Orientierungen vieler Kräfte der Gesellschaft, den innergesellschaftlichen und internationalen Entwicklungstendenzen und den Herausforderungen der Zukunft. Die Durchsetzung einer vom Einfluß des Militär-Industriekomplexes und des Militarismus befreiten Bundesrepublik verlange auch innergesellschaftlich eine breite Koalition der Vernunft, die bis in die Kreise der Großbourgeoisie und der Konservativen reiche.

In dieser Zusammenfassung ausgelassen wurden die Abschnitte zu den internationalen Beziehungen und der Frauenpolitik wegen ihrer Belanglosigkeit für die prinzipielle Einschätzung und Bewertung des Entwurfs, diejenigen umfassenden Teile, die sich auf die Wiedergabe der vielschichtigen empirischen Realität kapitalistischer Krisensymptomatik konzentrieren und die "Forderungen"-Teile, weil deren Stoßrichtung und Beschaffenheitsqualität bereits genügend angedeutet wurde.

Zur Kritik des Entwurfs

Angesichts der Aussagen von 'BRD 2000' mutet es sicherlich nicht verwunderlich an, wenn in der 'UZ-Diskussionstribüne' - eigens eingerichtet, die beiden Entwürfe 'BRD 2000' und 'Zur Lage' zu diskutieren und in Punkto Freimütigkeit und Animosität ebenfalls beispiellos für die DKP - Widerstände und z. T. heftigste Kritiken deutlich überwiegen. Verteidiger für Inhalte und Zielvorstellungen des Papiers finden sich, wie schon angedeutet, ausgerechnet fast ausschließlich bei den 'Frontlinien' des 'Zwei-Linienkampfes: der PV-'Mehrheit' und der 'Minderheit' mitsamt ihrem Anhang.

Daß der revisionistische (Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus negierende), opportunistische (weil der klassenanalytischen Abstinenz des grün-konservativen Zivilisationspessimismus nachtrabpolitisch angepaßt) und reformistische (weil die 'Wegreformierbarkeit' kapitalistischer Grundübel gläubig 'begründende') Charakter

des Entwurfs den ungeteilten Beifall der neorevisionistisch-antizentralistischen Minderheit findet, ist evident. Daß der Entwurf aber von der PV-Mehrheit inszeniert wurde, kann nur den irritieren, der dem öffentlich und offiziell genährten Aberglauben anheimgefallen ist, diese repräsentiere den Marxismus-Leninismus in der BRD schlechthin, weil sie doch immer entsprechende 'Prinzipientreue' propagiere und einfordere. Die Defunktionalisierung des Marxismus-Leninismus als Instrument progressiver Widerspruchsverarbeitung und kollektiver Wahrheitsfindung durch den dogmatisch-bürokratischen Degenerationstypus zur Legitimationsideologie einer nur noch administrativen, beschlußausführenden Praxis bei Ausschaltung institutioneller Kontrolle muß letztlich zu einem politisch gleichgültigen, gesinnungslosen, auf puren Machterhalt ausgerichteten Verhältnis zur wissenschaftlich-weltanschaulichen Grundlage seines Handelns führen. (S. hierzu HOFMANN 1970; KRAUSS 1988a.)

Erfreulich hingegen ist, daß ganz im Sinne der Notwendigkeit einer Rekonstruktion der revolutionär-kritischen Potenzen des Marxismus-Leninismus die DKP-Mitgliedschaft sich dem programmatischen Rechtsschwenk ihrer Parteiführung widersetzte. Die Spannweite der geäußerten Kritik reichte dabei von der Infragestellung einzelner Punkte wie z. B. der Bildungspolitik:

"Einen solchen Stoß habe ich in einer programmatischen Aussage zum Thema Bildungspolitik noch nie und nirgendwo gesehen" (Rolf JÜNGERMANN, Leiter des Referats Bildungspolitik der GEW NRW und bildungspolitischer Sprecher des DKP-Bezirks Ruhr-Westfalen),

bis zum Verwerfen der gesamten Entwurfanlage:

"Unser Vorschlag: 1. Verzicht auf 'BRD 2000' in dieser Form" (DKP-Betriebsgruppe Kreis Mettmann).

Ein erstes Ergebnis hat die engagiert geführte Diskussion schon gezeitigt. Das Vorhaben des Gesamtparteivorstandes, die beiden Entwürfe 'BRD 2000' und 'Zur Lage' auf dem Januar-Parteitag zu verabschieden, konnte vereitelt werden. Angesichts massiver inhaltlicher Kritik aus den Reihen der Mitgliedschaft und deren Absage an die PV-Anmaßung, beide Entwürfe in einem knappen halben Jahr - von der Drucklegung bis zur Beschlußfassung - durchzupeitschen, mußte diese Orientierung zurückgenommen werden. Laut Communiqué der 15. Tagung des PVs soll nunmehr ein außerordentlicher Parteitag (ein DKP-Novum!) bis spätestens Februar 1990 "endgültig" über beide Entwürfe beschließen.

Wie läßt sich nun 'BRD 2000' in marxistisch-leninistischer Perspektive einschätzen und bewerten?

Erstens: Ein grundsätzlicher Mangel in der Konstruktionslogik des Entwurfs, ein 'Basisfehler', dem notwendig weitere folgen müssen, ist der vollständige Verzicht auf eine theoretisch-kategoriale, empirisch fundierte, historisch-materialistische Analyse der Bewegungslogik des kapitalistischen Gesellschaftssystems. Anders formuliert: Eine 'historisch-logische' Rekonstruktion der 'Umbruchperiode' in ihrer formationsspezifischen Gewordenheit als Ausdruck krisenhaft-widersprüchlicher Systemreproduktion des Kapitalismus leistet der Entwurf nicht - sie fehlt 'ganz einfach'. Somit ist es aber auch nicht verwunderlich, daß die empirische Beschreibung der multidimensionalen Krisenrealität des Kapitalismus (s. Entwurf S. 22-24) und die Konstatierung 'verstärkter internationaler Expansion' als neuer strategischer Hauptrichtung des Monopolkapitals einfach aufgelistet werden und gegenüber der Reformalternative in einem vermittlungs- und zusammenhangslosen Verhältnis stehen. Die Durchsetzbarkeit der "demokratischen Entwicklungsvariante" des Kapitalismus als orientierendes Leitziel des Entwurfs trägt damit bestenfalls kontingenten Charakter: Sie wird lediglich behauptet - ohne schlüssige gesellschaftstheoretische und aktualempirische Fundierung. Ohne Analyse der jüngeren kapitalistischen Krisengeschichte bleiben somit Möglichkeit, Machbarkeit, Wirkungsgrad und Erfolgsperspektiven einer 'Reformalternative' spekulativ und illusionär. Die einzelnen - als im Rahmen der bestehenden staatsmonopolistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse für realisierbar gehaltenen - Forderungen muten deshalb in der Tat an wie ein z. T. voluntaristisch ersonnener, z. T. nachtrabpolitisch konstruierter 'Wunschzettel' getreu dem Motto: 'Die DKP auf programmatisch-ideologischer Spendensammlung bei den neuen sozialen Bewegungen...'.

Zweitens: Die begreifende Analyse der kapitalistischen Krisenrealität und -geschichte (vgl. hierzu KRAUSS in dieser Ausgabe) ergibt, daß die Durchsetzung der konservativ-'privatmonopolistischen' Entwicklungsvariante' durchaus nicht beliebigen Charakter trägt. Tatsächlich ist sie vielmehr eine strategisch-langfristige Reaktion a) auf die konkret-historische Widerspruchssituation des Kapitalismus im Anschluß an die Phase der Nachkriegsprosperität

und b) auf die offenkundigen Fehlschläge der keynesianisch-reformistischen Variante. (Die 'Reformvariante' ist die zweite, taktische, dem Wesen des Monopolkapitals weniger entsprechende 'Reserve' zwecks situationsspezifischer Dämpfung der aufbegehrenden Arbeiterbewegung mit Hilfe der systemintegrierten und -integrierenden Sozialdemokratie und - neu - mit Hilfe der auf den 'realpolitischen' Hund gekommenen Grünen.)

In dieser Perspektive ist die Beschwörung einer systemimmanenten Reformalternative keinesfalls eine neue Orientierung, sondern unwirksame Nostalgie, bestenfalls politisch-ideologische Schützenhilfe für die Sozialdemokratie und die Grünen.

Besteht nicht vielleicht der Sinn und Zweck von 'BRD 2000' darin, die DKP-Mitgliedschaft einzuschwören und zu reduzieren auf die Rolle des Wasserträgers für außenpolitische Optionen und Interessen von KPdSU und SED an einer möglichst spannungsfreien Bewahrung des weltpolitischen Status Quo als Voraussetzung der systemimmanenten Weiterentwicklung durch und für die Erweiterung eigener Weltmarktpositionen? (Vgl. hierzu SED/SPD-Papier, GALKIN 1988, KRASSIN 1988)

Drittens: Die realpolitische Entwicklung der sozial-liberalen Regierungskoalition unter Schmidt als Wegbereiterin der konservativen Wende, die Bilanz der französischen Linksregierung 1981-1985 und die aktuellen sozialdemokratischen Regierungspraxen in Frankreich, Spanien und Griechenland haben gezeigt bzw. zeigen, daß angesichts der objektiven Widerspruchslogik des Kapitalismus sowie der langfristigen strategischen Option der ausschlaggebenden Kerngruppen der Monopolbourgeoisie in den kapitalistischen 'Stammländern' die systemkonforme Sozialdemokratie an der Regierungsmacht weder willens noch - was entscheidender ist - objektiv in der Lage ist, im Rahmen der bestehenden Verhältnisse eine soziale und demokratische Reformvariante auf den Weg zu bringen.

Was ihr bleibt ist das Einschwenken auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Grundregulative des Neokonservatismus in leicht abgeschwächter Form und eine tendenziell 'vernünftigerer' Außenpolitik (die im Innern auf der sattsam bekannten, traditionellen Kluft zwischen Wort- und Tatpolitik basiert. Als Stichworte müssen genügen: NATO-Mitgliedschaft Spaniens, US-Basen in Griechenland, Ausbau der Militärachse Frankreich-BRD). Mit anderen Worten: Der staatsmonopolistische Reformismus ist - als Gesell-

schaftsstrategie, nicht als Illusionsbewegung - materiell (ökonomisch) und ideell (wertemäßig) am Ende. Die gleichzeitige Einlösung der friedenspolitischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Interessen der nichtmonopolistischen Klassen und Schichten setzt zukünftig unweigerlich die reale Zurückdrängung und Ausschaltung der Logik des Monopolprofits aus den zentralen Lebensbereichen voraus. Diese Einsicht zu befördern und nicht durch neoreformistische Thesen zu verstellen, wäre eine vornehme Aufgabe für eine kommunistische Partei.

Viertens: Stattdessen wird die reaktionäre und aggressive Wesensnatur der Monopolbourgeoisie als sich aktiv und multiinstrumental behauptendes Herrschaftssubjekt, aktuell ausgerichtet auf den Ausbau seiner Profit- und Machtspielräume und darüberhinaus willens und in der Lage, im Rahmen der bestehenden Eigentums-, Macht-, Herrschaft- und Kräfteverhältnisse jede inopportune Regierung zur Räson zu bringen, im Entwurf völlig unterbelichtet (das gilt gerade auch für neuere marxistische Veröffentlichungen aus der UdSSR). Als 'Ersatz' wird vielmehr ein Wunschbild präsentiert, in dem es einen bösen (konservativen) und einen guten (liberalen) Flügel der Bourgeoisie gibt. Letzterem wird die Potenz und der Wille unterschoben, in abgestufter Koalition mit den nichtmonopolistischen Fortschrittskräften den bösen Geist des Konservatismus zu vertreiben und einen humanen Kapitalismus zu schaffen, von dem aus man dann wohlbehütet und in einem engen Schulterschuß mit der SPD allmählich in den Sozialismus hinübergleitet. Die Hartnäckigkeit, mit der die These zweier soziologisch abgrenzbarer Flügel der Monopolbourgeoisie seit geraumer Zeit durch einschlägige DKP-Publikationen geistert, steht dabei in einem bezeichnenden Widerspruch zu Versuchen, deren Existenz empirisch-konkret, d. h. personell und strukturell aufzuweisen - als fixe Gruppierungen gibt es sie nicht.

Fünftens: Im Entwurf findet sich keine Analyse, Einschätzung und Kritik der politisch-ideologischen Zustandsbedingungen der SPD, der Grünen und der neuen und 'alten' sozialen Bewegungen (z. B. Gewerkschaften). Weder der 'Lafontainismus' noch die Dissoziationsprozesse bei den Grünen werden bündnisstrategisch ausgewertet. Die extensiven Diskussionen zur 'Krise der Gewerkschaftsbewegung' finden ebenso wenig ihren Niederschlag, wie die eigentlich notwen-

dig zu beginnende Diskussion über den offenkundigen Niedergang der neuen sozialen Bewegungen nicht eingeleitet wird. "Zunehmender Widerstand" und eine in der Nachkriegsgeschichte beispiellose "Klassenkampfdichte" proklamiert der Entwurf demgegenüber für die bundesdeutsche Gegenwartsrealität. Man muß schon ein gerüttelt Maß an Mut zur Realitätsverleugnung aufbringen, wenn man übersieht, daß eine Friedensbewegung wie zu Beginn der achtziger Jahre, eine AKW-Bewegung wie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und allgemein eine strukturelle Vielfalt von Bürgerinitiativen mit organisationspolitischer Einbindung einer Vielzahl von 'Unorganisierten' heute einfach nicht existent ist. So erhält auch der "Block der Reformkräfte" einen realitätsabstrakten und die "Durchsetzbarkeit" der Reformalternative einen märchenhaften Charakter.

Sechstens: Einen zentralen Stellenwert besitzt die Aufgabenstellung, den bundesdeutschen Imperialismus "friedensfähig" zu machen. In den neunziger Jahren soll, bzw. "muß" die DKP (!) die friedensorientierte und demokratische Entwicklungsvariante durchsetzen. Auch hier wird einmal mehr Analyse durch Voluntarismus ersetzt und die Realität in Phantasiegebilde aufgelöst.

Führen wir etwa seit vierzig Jahren einen Nuklearkrieg? Hat die Entfaltung und Führung eines Atomkrieges nicht schon seit der Stabilisierung des nuklearstrategischen Gleichgewichts durch die Sowjetunion augenort, den Gesamtklasseninteressen der Monopolbourgeoisie zu entsprechen? Hier werden offene Türen eingerannt! Anders verhält es sich, wenn der militärisch-industrielle Komplex - 'stofflicher' Ausdruck der aggressiven und reaktionären Wesensnatur des Imperialismus - als ein dem kapitalistischen System nicht notwendig entsprechender Machtblock deklariert wird, der letztlich wegreformiert könne und in behauptender Form spekuliert wird, Hochrüstung und kriegerischer Einsatz von Gewaltmitteln hörten in der Tendenz auf, objektiv den Gesamtinteressen der Monopolbourgeoisie zu entsprechen. Was hier - und zwar nicht nur der Tendenz nach - objektiv aufhört, ist die Orientierung der DKP an der LENINschen Imperialismusanalyse und der Realität. Demgegenüber muß offensichtlich noch einmal in Erinnerung gerufen werden:

a) Hochrüstungsprogramme und aggressive Konfrontationsstrategien entsprechen voll und ganz den kurz- und mittelfristigen Profitin-

teressen der in der Rüstungsproduktion tätigen Monopole.

b) Sie entsprechen aber auch den Gesamtklasseninteressen der Monopolbourgeoisie: Unterhalt und Ausbau atomarer/konventioneller Droh- und Erpressungspotentiale gegenüber der Sowjetunion und die systematische Erweiterung der globalen imperialistischen Militärpräsenz und Eingreifkapazitäten (Interventionsstreitmächte) zwecks Einschüchterung der Befreiungsbewegungen in den Ländern der 'Dritten Welt' erweisen sich als absicherndes Instrument der expansiven und hegemonialen Bestrebungen des internationalen Monopolkapitals.

c) Charakteristisch für die 'Umbruchperiode' sind nicht spekulative Optionen auf die Pazifizierbarkeit des Imperialismus, sondern Akzentverschiebungen in der (partiell erfolgreichen) Globalstrategie des Imperialismus unter Hegemonie der USA. Im Kern besteht diese Strategie darin, durch Koordinierung und Zusammenfassung der politischen, ökonomischen und militärischen Potenzen des internationalen Monopolkapitals eine umfassend und systematisch angelegte Offensive gegen die Hauptkräfte der revolutionären Weltbewegung einzuleiten, um das internationale Kräfteverhältnis zu Gunsten des Imperialismus zu verändern bzw. die imperialistischen Positionsverluste der 70er Jahre rückgängig zu machen.

Wenn sich die Reagan-Administration vom selbsternannten Weltexorzisten, der den Sozialismus mittels der 'Strategie des gewinnbaren und begrenzten Atomkriegs' als 'Betriebsunfall der Geschichte' politisch und militärisch liquidieren wollte, zum 'Kooperations- und Dialogpartner' einer neuen Entspannungsphase wandelte, so nicht, weil sie damit ihr Ziel preisgibt.

Vielmehr verschieben sich die Akzente von militärisch-politischen Formen (die ihre partielle Wirksamkeit in Grenada, der existenzgefährdenden Destabilisierung z. B. Afghanistans und Mocambiques, der Entwicklungshemmung revolutionärer Prozesse z. B. in Nicaragua und El Salvador und schließlich auch in Gestalt des bundesdeutschen Neoreformismus bewiesen haben) auf politisch-ökonomische Mittel der Zielrealisierung. In der gegenwärtigen Phase ist die revolutionäre Weltbewegung, vor allem die sozialistischen Länder, effizienter mit dem Instrumentarium des Internationalen Währungsfonds, den Joint ventures und der Sachzwanglogik der Weltmarktkonkurrenz zu bekämpfen denn mit plumper militärischer Bedrohung.

Siebtens: Nicht nur in der UZ-Diskussionstribüne wird angesichts von 'BRD 2000' nach der Dialektik von Reform und Revolution gefragt. Wir fragen uns auch danach. In der evolutionistischen und idealistischen Stadienkonzeption (der DKP) - von der "Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt", nunmehr angereichert durch die "friedensorientierte und demokratische Reformalternative", über die "antimonopolistische Demokratie" hin zum Sozialismus -, in der geschichtlich-revolutionäre Entwicklung nach a priori-Prinzipien gemodelt werden soll, entdecken wir sie nicht. Nachdem die DKP die 'neue' Entdeckung von der Lang- und Zählebigkeit des kapitalistischen Systems gemacht hat (die angesichts der objektiven Überreife für den Sozialismus immer Resultat der Unterentwicklung des revolutionären Subjekts ist) - und nunmehr endgültig (?) Vorstellungen von einem 'automatischen' Zusammenbruch und Hinüberwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus abschwört - soll die praktische Tätigkeit der DKP in den neunziger Jahren gänzlich auf den Kampf um die Reformierbarkeit des kapitalistischen Systems eingeschworen werden. Das sei notwendig, um sich die "Politikfähigkeit" zu bewahren, die man andernfalls verliere, drohen JUNG/HUFFSCHMID (UZ v. 23.11.1988, S. 7). Konsequenterweise geht das einher mit einer Garantieerklärung über die Weiterexistenz kapitalistischer Profitlogik und Eigentumsverhältnisse. Das von LENIN an verschiedenen Stellen explizierte Verhältnis von Reform und Revolution als Unterordnungsverhältnis, in dem Reformen das Mittel zur Entfaltung und Erweiterung des Klassenkampfes sind, wird auf den Kopf gestellt. Nach DKP-Ansicht ist die Reformierbarkeit des kapitalistischen Systems, die "Durchsetzung" der "demokratischen Entwicklungsvariante" des SMK, notwendige Voraussetzung einer zukünftigen sozialistischen Revolution! (Ein wahrlich 'gelungenes' Beispiel dafür, wohin es führt, wenn man anstelle systematischer Aneignung und Vermittlung marxistischer Theorie populistische Aphorismen wie 'Der Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts' über Gebühr strapaziert.)

Für die DKP mag die LENINSche Erkenntnis,

"daß Reformen, solange der Kapitalismus besteht, weder dauerhaft noch ernsthaft sein können" (LENIN 1977, S. 363),

als 'altes Denken erledigt sein. Wir erlauben uns dennoch, auf die von der DKP ignorant verdrängte Ambivalenz des Kampfes um Re-

formen aufmerksam zu machen:

"Die liberale Bourgeoisie, die mit einer Hand Reformen gibt, nimmt sie mit der anderen Hand wieder zurück, reduziert sie auf ein Nichts, benutzt sie zur Versklavung der Arbeiter, zu ihrer Spaltung in einzelne Gruppen, zur Verewigung der Lohnsklaverei der Werktätigen. Deshalb verwandelt sich der Reformismus, selbst dann, wenn er völlig aufrichtig gemeint ist, in Wirklichkeit in ein Werkzeug, mit dessen Hilfe die Bourgeoisie die Arbeiter demoralisiert und ihrer Kräfte beraubt"(ebenda).

Aus der Geschichte der bürgerlichen Revolutionen wissen wir, daß es des Auftretens der 'äußersten Linken' bedurfte, um auch nur relative Kampferfolge zu sichern.

"Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein"(ENGELS 1978, S. 535).

Im 'Entwurf' wird nach der Beschaffenheit des theoretisch-weltanschaulichen und politischen Orientierungs- und Regulierungsniveaus der außerparlamentarischen Fortschrittskräfte gar nicht weiter gefragt. So bleibt offen, ob die Vermassung antikapitalistisch-sozialistischer Grundüberzeugungen erforderlich ist oder es ausreicht, mit spezifischen Mißständen punktuell unzufrieden zu sein, um hartnäckiger Verfechter der Reformalternative zu werden.

Mit dem Entwurf 'BRD 2000' nimmt die DKP ihre programmatische Reduktion auf den 'Minimalkonsens' vor. Damit gibt sie aber auch jene Aufgabe preis, die die Identität kommunistischer Parteitätigkeit verbürgt, nämlich in den um Reformen kämpfenden sozialen Bewegungen jene Kraft zu sein, die auf die Zusammenfassung aller Kräfte zur Überwindung des Kapitalismus orientiert.

Literatur

- DKP-Betriebsgruppe Kreis Mettmann. Beitrag in 'UZ-Diskussionstribüne' v. 2.11.1988, S. 12.
- DKP-Entwurf: Bundesrepublik Deutschland 2000. Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre. UZ-Eigenbeilage zu UZ-Nr. 148 v. 30.6.1988.
- DKP-Entwurf: Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP. UZ-Eigenbeilage zu UZ-Nr. 208 v. 8.9.1988.
- Eigenbeilage UZ-Nr. 141 v. 22. Juni 1988: 12. Tagung des Parteivorstandes der DKP.
- Eigenbeilage UZ-Nr. 207 v. 7.9.1988: 13. Tagung des Parteivorstandes der DKP.

- ENGELS, F.: Einleitung (zur englischen Ausgabe (1892) "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft"). In: Marx-Engels-Werke, Bd. 19, Berlin 1978, S. 525-544.
- GALKIN, A. A.: Das neue politische Denken und die Probleme der Arbeiterbewegung. Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin, 41 (1988) 5, S. 451-461.
- HAUTSCH, G.: Beitrag in 'UZ-Diskussionstribüne' v. 28.7.1988, S. 8.
- HOFMANN, W.: Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts. Frankfurt/M. 1970.
- KRAUSS, H.: Bilanz sowjetischer Gesellschaftswissenschaft. Marxistische Blätter, Düsseldorf, 26 (1988a) 3, S. 88-90.
- KRAUSS, H.: Avantgardepartei, Massenorganisation oder Anhängsel 'neuer Bewegungen'? Zur Anforderungslogik marxistischer Organisationspolitik heute (I). HINTERGRUND, Osnabrück, 1 (1988b) 2, S. 18-41.
- KRAUSS, H.: Avantgardepartei, Massenorganisation oder Anhängsel 'neuer Bewegungen'? Zur Anforderungslogik marxistischer Organisationspolitik heute (II). HINTERGRUND, Osnabrück, 1 (1988c) 3, S. 5-37.
- LENIN, W. I.: Marxismus und Reformismus. In: Lenin-Werke, Bd. 19, Berlin 1977, 6. Aufl., S. 363-366.
- JÜNGERMANN, R.: Beitrag in 'UZ-Diskussionstribüne' v. 28.7.1988, S. 8.
- KRASSIN, J.: Die Arbeiterbewegung auf der Suche nach einer demokratischen Alternative. Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 33 (1988) 12, S. 1453-1467.
- STARY, P.: Beitrag in 'UZ-Diskussionstribüne' v. 4.10.1988, S. 9.

Ruck-Zuck-Druck

Ihr Kopier- & Druckzentrum in Osnabrück

...mit dem Super - Service

*** BIS 20 UHR GEÖFFNET ***

Iburger Straße 78 4500 Osnabrück

Telefon (05 41) 5 65 06